

schen Fragen und die Herbeiführung der gesamteuropäischen kollektiven Sicherheit.

Die weitere Stärkung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland ist von größter Bedeutung im Kampf um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Sie wird auf alle friedliebenden, demokratischen Kräfte in Westdeutschland anziehend wirken. Sie ist imstande, eine solche Kraft zu entfalten, die dem Block der Bonner Militaristen überlegen ist.

Die Aufgabe der demokratischen Staatsmacht ist es, dem Volke zu dienen, dem Fortschritt, einem neuen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, den Weg zu bahnen, die Feinde des Friedens und der Demokratie zu unterdrücken, Spione und Diversanten der imperialistischen Mächte und ihrer Bonner Regierung zu vernichten.

Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich eine große Vorwärtsentwicklung im staatlichen Leben vollzogen. Die Volkskammer, die Bezirkstage, Kreistage und Gemeindevertretungen zeigen die zunehmende Demokratisierung des öffentlichen Lebens und die immer aktivere Mitarbeit der Werktätigen. Immer mehr wird die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung verwirklicht.

In der Deutschen Demokratischen Republik, der ersten wirklich demokratischen Staatsmacht in Deutschland, wurde der Beweis erbracht, daß das arbeitende Volk selbst den Staat leiten kann. Die Legende, daß allein die Angehörigen der kapitalistischen Klasse zur Führung des Staates fähig und berufen seien, wurde durch Tatsachen widerlegt. Im heutigen Westdeutschland dagegen schaffen die arbeitenden Menschen alle Werte und stärken damit die wirtschaftlichen Machtpositionen der herrschenden Klasse, die auf Grund des Besitzes der Produktionsmittel nicht nur den Staat beherrscht, sondern auch die Mittel der Massenbeeinflussung: das Radio, die Filmproduktion, die Druckereien, Papierfabriken usw.

In der Deutschen Demokratischen Republik sind von 20 Ministern 10 aus der Arbeiterklasse hervorgegangen (Lebhafter Beifall.), einer aus der Bauernschaft und zwei aus dem Handwerkerstand. Der Bonner Regierung dagegen gehört kein einziger Arbeiter und kein einziger Bauer an.

In der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, in